

**U+D
extra**

Die Parteien in der freiheitlichen Bürgergesellschaft

Von Helmut Kohl

Beitrag in der „WELT am SONNTAG“ vom 19. Juli 1992

Viele Menschen sind verunsichert angesichts der sich überstürzenden Veränderungen und Umwälzungen in unserer Zeit — angefangen bei den Problemen im Zusammenhang mit der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands über den Krieg im bisherigen Jugoslawien bis hin zu den großen Wanderungsbewegungen von Ost nach West und von Süd nach Nord.

Der glücklicherweise überwundene Ost-West-Konflikt bot — bei allen Problemen — in gewisser Weise Übersicht und „klare Verhältnisse“. Die gegenwärtige Übergangszeit nach dem Ende des Kalten Krieges ist demgegenüber von Unübersichtlichkeit geprägt und oft auch mit Schwierigkeiten verbunden, in denen vielen Menschen die Unwägbarkeiten des Wandels in unserer Zeit bedrohlich erscheinen — jedenfalls größer als die großartigen Chancen, die sich uns jetzt bieten.

Dies ist natürlich eine Versuchung für die „schrecklichen Vereinfacher“, jene Menschen, die sich nur allzuerne an den einfachen Lösungen orientieren wollen, Patentrezepte auch dort vorgaukeln, wo in Wirklichkeit nur komplexe Lösungswege Aussicht auf Erfolg bieten. Viele wollen eben

nicht wahrhaben, daß die „einfachen Lösungen“ von heute häufig die Probleme von morgen erst schaffen.

Jeder politisch Verantwortliche sollte, ja muß sich vor diesem Hintergrund immer wieder selbstkritisch fragen, ob er die verständlichen Unsicherheitsgefühle, Sorgen und oft auch Ängste vieler Bürgerinnen und Bürger genügend ernst nimmt — und ob er dies auch klar genug zum Ausdruck bringt. Er muß mit Realismus und Nüchternheit sagen, welches die politischen Notwendigkeiten sind, welche Prioritäten gesetzt werden müssen und was infolgedessen ganz oder zeitweise zurückgestellt werden muß, was geht und was nicht geht.

Hier liegt auch eine wesentliche Verantwortung der Parteien in der freiheitlichen Bürgergesellschaft, die sich in der alten Bundesrepublik herausgebildet hat und die sich seit 1990 auch in den neuen Bundesländern entwickelt. Im Parlamentarischen Rat hat Theodor Heuss — später erster Bundespräsident — die Parteien als die „Erziehungsschule der politischen Verantwortung“ bezeichnet und ihre Aufgabe an anderer Stelle mit dem Hinweis beschrieben, „daß Demokratie ein tägliches Plebiszit

fordert, daß die Parteien, schlecht und recht, wie sie sind, um einmal etwas pathetisch zu werden, die Stufen des aktiven Patriotismus darstellen“.

Die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes haben den Parteien ganz bewußt eine bedeu-

„Wer populistisch redet, der neigt zum opportunistischen Handeln.

Hieraus sollte jedem klarwerden, daß heute nicht weniger, sondern mehr politisches — das heißt vor allem: parteipolitisches — Engagement das Gebot der Stunde ist.“

tende Rolle bei der politischen Willensbildung des Volkes zugewiesen. Ihnen standen dabei nicht zuletzt die Erfahrungen in der Zeit der Weimarer Republik vor Augen: Diese war zwischen den Extremen von „links“ und „rechts“ nicht zuletzt deshalb zerrieben worden, weil zu viele in den demokratischen Parteien vergessen hatten, ihre

Macht und ihre Möglichkeiten nachdrücklicher für die Demokratie einzusetzen. Bewußt wandten sich die Mitglieder des Parlamentarischen Rates von jener unseligen Tradition der Parteienverachtung ab, die in politischen Auseinandersetzungen nur „kleinliches Gezänk“ zu erblicken vermochte — oder gar verächtlich von „Systemparteien“ sprach, während sie in Wahrheit die erste Demokratie auf deutschem Boden verunglimpfen wollte.

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates wußten, daß starke Parteien eine wichtige Voraussetzung für demokratische Stabilität sind; diffuse „Bewegungen“ können dies nicht leisten. Eine der herausragenden Persönlichkeiten der Gründergeneration, Carlo Schmid, sagte dazu 1948: „Ich habe es immer seltsam gefunden, daß auch die modernsten Verfassungen bis auf wenige unter ihnen von der Existenz der politischen Parteien keine Notiz nehmen. Freilich ist es sicher: Die politischen Parteien sind keine Staatsorgane; sie sind aber entscheidende Faktoren unseres staatlichen Lebens, und je nachdem, ob sie so oder anders organisiert sind, haben unsere Staatsorgane diesen oder einen anderen politischen Wert.“

Es waren vor allem die großen Volksparteien, die dank ihrer Integrationsfähigkeit eine Zerfaserung des politischen Spektrums an dessen „linkem“ und „rechtem“ Rand von Anfang an verhindert und so einen wesentlichen Beitrag zu Festigung und Festigkeit der zweiten Demokratie auf deutschem Boden geleistet haben. Nur auf diese Weise konnte es letztlich gelingen, so grundlegende und zugleich umstrittene Entscheidungen wie jene für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft und für die unwiderrufliche Einbindung der Bundesrepublik in die europäisch-atlantische Gemeinschaft freier Völker durchzusetzen. Mit populistischer Politik wäre die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes gewiß nicht zu erreichen gewesen.

Heute ist viel von „Politikverdrossenheit“ die Rede, und mit dieser Einschätzung werden Fragen aufgeworfen, die sich zu allererst an die politischen Parteien richten. Ganz neu ist dies übrigens nicht; es scheint sich vielmehr um ein Phänomen zu handeln, das in Demokratien gleichsam periodisch wiederkehrt. Ich erinnere hier nur an die „Ohne mich“-Stimmung Ende der fünfziger Jahre. Wie schon damals, so geht es auch

heute nicht allen Kommentatoren darum, mit ihrer Kritik konstruktive Vorschläge zu verbinden: Zu unterscheiden ist zwischen jenen, die den Befund ernst nehmen und auf Abhilfe sinnen, und jenen, die das — in der Tat verbreitete — Unbehagen über die Rolle „der“ demokratischen Parteien in unserem Staat fördern.

Nicht nur Deutschland ist von dieser Entwicklung zur Zeit betroffen. In vielen europäischen Ländern —

„Ich weiß, daß ich meine Stellung letztlich dem Vertrauen und dem Engagement unzähliger Menschen verdanke. Alle, die in höchsten Ämtern stehen, sollten sich dies immer wieder bewußtmachen.“

und auch in den USA — verzeichnen populistische Strömungen Zulauf. Und wer populistisch redet, der neigt zu opportunistischem Handeln. Hieraus sollte jedem klarwerden, daß gerade heute nicht weniger, sondern mehr politisches

— das heißt vor allem auch: parteipolitisches — Engagement das Gebot der Stunde ist. Gerade in schwierigen Zeiten können wir uns einen Rückzug ins Private nicht leisten.

In unserer Gesellschaft sinkt jedoch leider die Bereitschaft zu einem dauerhaften Engagement für eine gemeinsame Sache. Einer der Gründe hierfür ist eine zunehmende Individualisierung der Lebensstile. Immer mehr Menschen ziehen es vor, eine Dienstleistung in Anspruch zu nehmen, ohne zugleich eine dauerhafte Bindung eingehen zu müssen. Zu spüren bekommen diesen Trend außer den politischen Parteien auch Vereine, Verbände, Gewerkschaften oder Kirchen.

Nicht nur dies macht der Politik zu schaffen. Hinzu kommt, daß von ihr oft zuviel erwartet wird — sogar dort, wo zunächst einmal Bürgersinn und tätige Solidarität mit dem Nachbarn gefragt wären. Die Probleme, vor denen die Parteien heute stehen, sind ein Spiegelbild auch dieses gesellschaftlichen Trends. Ohne die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger auch zu politischem Engagement können die Parteien ihrem verfassungsmäßigen Auftrag nicht gerecht werden.

Natürlich sind die Parteien auch selbst gefordert, auf die veränderten Rahmenbedingungen angemessen zu reagieren, damit sie auch künftig ihre Aufgaben erfüllen können. Vor einer ähnlichen Herausforderung stand beispielsweise die CDU zu Beginn der siebziger Jahre, als sie den Wandel von einer „Honoratiorenpartei“ zur modernen Mitgliederpartei erfolgreich in die Wege leitete, ohne sich opportunistisch dem Zeitgeist anzupassen. Schon seit Mitte der achtziger Jahre habe ich mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, diesen Erneuerungsprozeß konsequent fortzusetzen. Heute geht es vor allem darum, die Parteien weiter zu öffnen, um auf diese Weise möglichst viele Bürgerinnen und Bürger für die Übernahme von Verantwortung zu gewinnen. Die Wiedervereinigung Deutschlands hat diese Notwendigkeit verstärkt.

Für die meisten der zweieinhalb Millionen Menschen in Deutschland, die einer Partei angehören, liegt das Motiv für ihr Engagement darin, Verantwortung zu übernehmen. Bei den wenigsten handelt es sich um hauptamtlich Tätige. Vielmehr sind sie in ihrer großen Mehrheit ehrenamtlich tätig, vor allem im Bereich der eigenen Stadt oder Gemeinde; sie opfern aus Über-

zeugung Geld und Freizeit im Interesse des Gemeinwohls.

Ich pflichte auch hier Theodor Heuss bei, der 1948 in einem Brief schrieb: „Vielleicht lächeln Sie darüber, wenn ich Ihnen sage: mir ist in diesem Parteiwesen von heute, das eigentlich immer ein Geschenk, wenn ich da Männern und Frauen begegne, wieder begegne, die einfach wieder da sind, mitmachen, ihre kleinen Pflichten tun. Sie haben nie etwas durch die Parteien erstrebt oder erreicht, aber sie haben, das geht manchmal in unserem Land durch Familiengenerationen, sich dazu gerechnet. Es war **ihr** Beitrag zu dem Gedeihen des öffentlichen Wesens. Sie waren weder Snobs noch Ehrgeizlinge, noch Interessenten, sondern einfache Bürger rechtlichen Denkens... Die Partei ist für sie keine Kirche, auch kein Instrument wichtigtuerischer Vereinsmeierei, sondern die unproblematische Gegebenheit, in der die Meinungen über das öffentliche Wesen zu einem verantwortlichen Willen sich formen müssen.“

Als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und als Bundeskanzler weiß ich, daß ich meine Stellung letztlich dem Vertrauen und dem unermüdligen Engagement unzähliger

Menschen verdanke. Alle, die in höchsten Staats- und Parteiämtern stehen, sollten sich dies immer wieder bewußt machen.

Allein um dieser engagierten Bürgerinnen und Bürger willen verbietet sich jede pauschale Herabsetzung „der“ Parteien. Nach 1945 haben sich viele von ihnen engagiert, weil sie nach den Erfahrungen von Krieg und Diktatur ihren Beitrag zum „Nie wieder“ leisten wollten. Dieses spontane Bekenntnis zum Einsatz in der Demokratie wurde in den Jahrzehnten danach immer mehr durch die Einsicht fundiert, daß ein zweites Mal eine deutsche Demokratie nicht wegen der zu geringen Zahl von Demokraten scheitern dürfe.

Heute sind allein in unseren kommunalen Parlamenten Hunderttausende als ehrenamtliche Mandatsträger tätig. Sie wissen, daß sich privates Wohlergehen und der Zustand des Gemeinwesens nicht trennen lassen, und sie nutzen vor allem deswegen ihre Freizeit zur politischen Arbeit. Ein amerikanischer Präsident hat solches Engagement unterstützt, als er sagte: „Frage nicht, was dein Land für dich tut, sondern was du für dein Land tun kannst.“ Diese Ermunterung wäre auch bei uns vonnöten. Besonders deutlich wird dies ange-

sichts der Erfahrungen in den neuen Bundesländern. Was wäre eigentlich gewesen, wenn sich dort nach dem Aufbegehren gegen die SED-Diktatur im Herbst 1989 nicht Menschen in politischen Parteien zusammengefunden hätten, um die Zukunft des Gemeinwesens selbst in die Hand zu nehmen? Rund 130 000 von ihnen arbeiten heute ehrenamtlich in Stadt- und Gemeinderäten. Wer heute leichtfertig über Parteien herzieht, der tut gerade auch ihnen Unrecht.

Bequem ist diese ehrenamtliche Arbeit nur selten: Sie findet in der Freizeit statt, bringt häufiger Nachteile gegenüber denen mit sich, die sich nur auf den Beruf konzentrieren. Der persönliche Vorteil liegt meistens in der inneren Befriedigung darüber, etwas für das Gemeinwesen bewegen zu können.

Es gibt in allen Parteien Mißstände — auch „Filz“, „Verbonzung“ und so manche Verkrustung; viele werden gerade deswegen auch politisch aktiv, um solchen Entwicklungen entgegenzutreten. In diesem Sinn ist die Parteienkritik oft innerhalb der Parteien am schärfsten. Ich habe mich stets dafür eingesetzt — und dies im Rahmen meiner Möglichkeiten als Landes- und Bundespolitiker immer wieder

durchgesetzt —, daß auch sogenannte „Seiteneinsteiger“ in der CDU auf allen Ebenen eine Chance erhalten. Nach meiner Überzeugung darf insbesondere die Auswahl von Abgeordneten nicht allein

„Mit Recht erwarten die Bürger von den führenden Repräsentanten Vorbild durch beispielhaftes Verhalten: Grundsatztreue, Standfestigkeit gegenüber dem Zeitgeist, Bekennen eigener Fehler und Offenheit gegenüber Neuem gehören zu der geistigen Orientierung, nach der viele verlangen.“

von persönlichen Beziehungen, der Zugehörigkeit zu bestimmten innerparteilichen Vereinigungen und Gremien oder der Dauer der Parteimitgliedschaft abhängig sein. In keinem anderen Berufsstand fallen Fehlleistungen einzelner so auf

alle zurück; vielleicht ist es deshalb so schwierig, geeignete Bewerber für Mandate zu finden. Sich in der Öffentlichkeit exponieren zu müssen, vieles an Privatheit zu verlieren und mit alledem auch die Familie zu belasten, schreckt viele Mitbürger ab.

Gemessen am Ergebnis ihrer Arbeit — der politischen und wirtschaftlichen Stabilität unserer Bundesrepublik Deutschland, von der wir alle profitieren — haben unsere Parlamentarier durchaus das Recht zu mehr Selbstbewußtsein. Dies gilt um so mehr, als aus diesen Parlamenten alle führenden politischen Repräsentanten unserer Republik in den letzten 40 Jahren hervorgegangen sind. Es gibt darunter keinen, der nicht auch Parteilieben aus eigener Erfahrung kennengelernt hätte und insofern ungerechtfertigter Kritik entgegenzutreten könnte.

Mit Recht erwarten die Bürger von diesen führenden Repräsentanten

Vorbild durch beispielhaftes Verhalten: Grundsatztreue, Standfestigkeit gegenüber dem Zeitgeist, Bekennen eigener Fehler und Offenheit gegenüber Neuem gehören zu der geistigen Orientierung, nach der viele verlangen. Mehr — und dies ist schon schwer genug — kann auch geistige Führung in der Politik nicht bedeuten.

Politische Entscheidungen können die letzten Dinge des Lebens nicht regeln und Parteiprogramme bieten keine Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens. Wollten Parteien danach streben, würden sie den Rahmen der Demokratie überschreiten. Sie sind dabei keine abstrakten Institutionen oder Zentralen, sondern Zusammenschlüsse politisch ähnlich orientierter Menschen. Der dadurch bedingten Unvollkommenheit müssen sie sich selbstkritisch stellen, pauschaler Kritik jedoch dürfen sie selbstbewußt entgegentreten.